

Krautauer Zeitung.

Nr. 82.

Mittwoch den 11. April

1866.

Die „Krautauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementen-Preis für Krautau 3 fl., mit Verbindung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Mr., einzelne Nummern 5 Mr.

Redaktion, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtshalle für die vierzählige Petzile 5 Mr., im Anzeigblatt für die erste Einrichtung 5 Mr., für jede weitere 3 Mr. Stempelgebühr für jede Einrichtung 30 Mr. — Interat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Annoncen übernehmen die Herren: Haasestein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien.

Einladung zum Abonnement

auf das mit dem 1. April d. J. begonnene neue Quartal der „Krautauer Zeitung.“

„Krautauer Zeitung.“

Der Prämumerations-Preis für die Zeit vom 1. April bis Ende Juni 1866 beträgt für Krautau 3 fl., für auswärts mit Inbegriff der Postzusendung 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zusendung des ersten Blattes an) werden für Krautau mit 1 fl., für auswärts mit 1 fl. 35 Mr. berechnet.

Amtlicher Theil.

Kaiserliche Verordnung

über die Ermäßigung der Bergwerksabgaben; gültig für das ganze Reich.

Um die gedrückte Lage des Bergbaues zu erleichtern und unmittelbar auch die davon abhängige Industrie thunlich zu unterstützen, finde ich auf Grundlage Meines Patentes vom 20. September 1865 (Reichsgesetzblatt Nr. 89) und nach Anhörung Meines Ministerrathes zu verordnen, wie folgt:

1. Die auf dem Gesetze vom 28. April 1862, § 3, Reichsgesetzblatt Nr. 28, beruhende Freischurfgabe jährlicher zwanzig Gulden ö. W. für jeden Freischurfgabe wird vom 1. Juli 1866 angefangen auf den Betrag jährlicher vier Gulden ö. W. herabgesetzt und zugleich gestattet, dass die in Folge Meiner Entschließung vom 5. August 1859 erflossene Ministerialverordnung vom 30. September 1859, Reichsgesetzblatt Nr. 181, betreffend die Zulässigkeit der Ermäßigung der Bergwerksabgaben, in gleich rücksichtswürdigen Fällen auch auf die Freischurfgabe Anwendung finde.

2. Die in Gemäßheit Meiner Entschließungen vom 28. September 1854 und 29. August 1855 mit den Ministerialverordnungen vom 4. October 1854, § 1, Reichsgesetzblatt Nr. 267, und vom 2. September 1858, § 1, Reichsgesetzblatt Nr. 139, für jedes einfache Bergwerksmahl mit dem Betrage von sechs Gulden 30 kr. ö. W. festgesetzte Mahngabe wird gleichfalls vom zweiten Semester 1866 angefangen auf den Betrag jährlicher vier Gulden ö. W. ermäßigt.

3. Die nach dem Gesetze vom 28. April 1862, § 2, Reichsgesetzblatt Nr. 28, vom Bergbau in verliehenen Bergwerksmahlen zu entrichtende Einkommensteuer wird bezüglich des Ausmaßes der einfachen ödentlichen Gebühren vom Neineinkommen der Eisen- und Bleibergwerke für die Zeit vom 1. Jänner 1866 bis Ende December 1870 von fünf auf drei Prozent des steuerbaren Neinertrages ermäßigt.

4. Die Bemessung der Einkommensteuer vom Bergbau überhaupt hat künftig auf Grundlage des Neinertrages in dem dem Jahre der Steuerbemessung unmittelbar vorausgegangenen Jahre zu erfolgen.

5. Mit dem Vollzuge dieser Verordnung sind die Minister für Handel und Volkswirtschaft, dann der Finanzen beauftragt.

Wien, am 29. März 1866.

Franz Joseph m. p.

Karlsch m. p. Freih. v. Wüllerstorff m. p.

Auf allerhöchste Anordnung:

Bernhard Ritter v. Meyer m. p.

der eisernen Krone dritter Classe mit Nachsicht der Taxen aller- gnädigst zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 30. März d. J. dem Gensd'armen Anton Muntzath, des 9. Gensd'armieregiments, in Anerkennung der mit eigener Lebensgefahr vollführten Rettung eines Menschen aus den Flammen eines brennenden Hauses das silberne Verdienstkreuz allgemein zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 24. März d. J. allgemein zu gestatten geruht, dass der Provinzialdelegat in Padua, Hofrat Ludwig Ritter v. Geschia Santa Croce das Kommandeurkreuz des königl. sicilianischen Ordens Franz I., die Primararzate des Spital des Benedic. Giacinto Namias und Dr. Angelo Minich das Offizierskreuz des kgl. mexikanischen Guadalupe-Ordens, und der Apotheker in Triest, Johann Anton Picciola die goldene Medaille des königl. sicilianischen Ordens Franz I. annehmen und tragen dürfen.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. April d. J. dem Landesgerichtsrath in Innsbruck Anton Ebner aus Anlass seiner nochmaligen Versetzung in den bleibenden Ruhestand die Allerhöchste Anerkennung seiner vieljährigen treuen und erproblichen Dienstleistung allgemein zu bezeugen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 19. März d. J. den f. l. Consularagenten in Siena und Soletta bekleidenden Salvo Pistoretti und Alexander Ley für ihre Person den Titel eines f. l. Viceconsuls allgemein zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 28. März d. J. dem Kaufmann Julius Steiner Sohn in Triest die Bewilligung zur Annahme des ihm verliehenen Postens eines königl. bayerischen Consuls in jener Stadt und dem bezüglichen Beauftragungspolize das Allerhöchste Regnum allgemein zu ertheilen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung ddo. Wien am 25. März d. J. statt des bisherigen Erziehungssystems zur Heranbildung der Geistlichkeit die Wiedereinführung einer Marineakademie in dem Gebäude des bisherigen Kadetteninstitutes zu Hause allgemein zu genehmigen und anzubefehlen geruht, dass der bisherige Kadettencurs sich in Hinsicht auf vierter Jahrgang unmittelbar an den zweiten Jahrgang der Marineakademie anzuwählen und die Schüler erst nach Beendigung dieses vierten Jahrganges als Seecadetten ausgemustert zu werden haben.

Dieselben Allerhöchsten Entschließung gemäß hat mit 1. October d. J. der Schulrat an der Marineakademie zu Hause zu beginnen.

Der Staatsminister hat den provvisorischen Lehrer an der Unterrealschule zu Udine Francesco Traversa und den Lehrer an der Unterrealschule zu Doero Francesco Baldo zu wähllichen Lehrern an der Unterrealschule in Udine ernannt.

Der Justizminister hat die Prätorianer Cesare Scappini in Massa und Dr. Franz Castelli in Isola della Scala zu Hause bei dem Landesgericht in Mantua ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Krautau, 11. April.

Preußen hat in der Bundesreform die Initiative ergriffen und zugleich seinen letzten Trumpf: das deutsche Parlament, ausgespielt. In der am 9. d. abgehaltenen außerordentlichen Bundestagssitzung überreichte Preußen einen Antrag für eine Bundesreform. Der Antrag, von dem notorischen Bedürfnisse einer Reform ausgehend und auf die Prinzipien hinweisend, welche Preußen bereits in Folge des Fürstencongreses als nothwendige Grundzüge der Reform bezeichnet habe, lautet: eine aus directen Wahlen und allgemeinem Stimmrecht hervorgehende Versammlung für einen noch naher zu bestimmenden Tag einzuberufen, um die Vorlagen der deutschen Regierungen über eine Reform der Bundesverfassung entgegenzunehmen und zu berathen; in der Zwischenzeit aber bis zum Zusammentritt derselben durch Verständigung der Regierungen unter einander die Vorlagen festzustellen. Der Antrag des Präsidiums, dass über die geschäftliche Behandlung des preußischen Antrages in einer Sitzung der nächsten Woche Beschluss gefasst werden soll, wurde angenommen. Preußen wünscht die Ernennung eines Ausschusses ad hoc.

Am 9. d. wurde in Berlin die österreichische Note übergeben, in welcher das Verlangen gestellt wird, Preußen solle seine Rüstungen rückgängig machen. Österreich habe seinerseits keine Rüstungen rückgängig zu machen, da von demselben nicht gerichtet worden sei. Der Ton der Note soll kein verbindlicher sein.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 4. April d. J. den geheimen Rath Albert Grafen Montz-Nienhart in Anerkennung seiner Verdienste den Orden der eisernen Krone dritter Classe mit Nachsicht der Taxen allgemein zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. April d. J. dem Referenten beim obersten Militärgerichte, General-Auditor Carl Pfeiffer in Anerkennung seiner vorzüglichen Dienstleistung den Orden der eisernen Krone dritter Classe mit Nachsicht der Taxen allgemein zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 5. April d. J. dem Hauptmann erster Classe Alfred Edlen von Wivenot, des Infanterieregiments Graf Rheinbacher-Metsch Nr. 35, in Anerkennung seiner verdienstvollen Leistungen auf dem Gebiet der Geschichtsschreibung den Orden

Note vom 31. März vorgesehene Eventualität ist eingetreten: Österreich wird dann auf Grund des Artikels 11 der Bundesakte von seinem Rechte, die Intervention des Bundes in Anspruch zu nehmen, Gebrauch machen.

Die „Bayer. Ztg.“ veröffentlicht eine Depesche der bayerischen Regierung an die Gefandten Baierns in Wien und Berlin, welche die ersten beiden Bundesglieder ersucht, auszusprechen, dass sie sich jedes gewaltfamen Angriffes anderer Bundesglieder unbedingt enthalten, dass sie bereit seien, sofort in Verhandlungen zur Wahrung des Friedens im Bunde einzutreten und zugleich den Weg und die Art der Verhandlungen zu bezeichnen, denen sie den Vorsprung unter sich und mit den Bundesgenossen zu betreten.

Diese beiden Schritte gegenüber scheint Preußen den Rückzug anzutreten. Die „N. Fr. Pr.“ sah mindestens den am Bunde gethanen Schritt Preußens in diesem Sinne auf. Sie schreibt: Um Österreich zu verhindern, unter Ausrufung des Artikels 11 der Bundesakte den Bunde gegen Preußen in seinem Lager zu versammeln, lehrt Preußen noch in der ersten Stunde in den Schloss des von ihm perhorrengewissmachten Großmächte gegebenen Standpunktes ausdrücklich bestimmte Conqueren gezogen; die zweite Kategorie, welche wesentlich die kleineren Bundesstaaten umfasst, hat nur im Allgemeinen den Nachdem Preußen durch einen am Bunde eingebrochenen, so allumfassenden Antrag die Kompetenz des Bundes vor dem Bundesrecht die Flagge zu streichen beginnt. Nachdem Preußen durch einen am Bunde eingebrochenen, so allumfassenden Antrag die Kompetenz des Bundes in der deutschen Frage anerkannt, beginnt es sich gewissermaßen des angemachten Rechtes, in einer an sie gestellte direkte Frage einfach umzugehen und speziell, in der schleswig-holsteinischen Frage aus eigener Machtvolkommenheit zu entscheiden. Der preußische Antrag auf Einberufung eines deutschen Parlaments, am Bunde selbst eingebracht, die Auffindung einer vorgängigen Vereinbarung zwischen Preußen und den deutschen Regierungen über eine Neorganisation der deutschen Bundeseinrichtungen, schafft die Möglichkeit einer bundesmäßigen Lösung der schleswig-holsteinischen Frage. Das Preußen, welches die deutsche Frage durch Vereinbarung mit den deutschen Regierungen lösen will, verzichtet auf den in der Circular-Depesche vom 24. März angekündigten Gewaltweg. Sein heutiger Antrag am Bunde kann unter dem schützenden Banner des projectirten deutschen Parlaments der Anfang des Rückzuges der Bismarckischen Politik in der schleswig-holsteinischen Frage sein. Die schleswig-holsteinische Frage kann jetzt in das Bundesgeleise zurückgeleitet werden. Die Gefahr eines bewaffneten Conflicts zwischen Österreich und Preußen ist noch nicht gebannt, aber sie erscheint uns, wir sprechen es mit hoher Befriedigung aus, mit dem jüngsten preußischen Antrage am Bunde beträchtlich vermindert.

Die „Wiener Abendpost“ schreibt, indem sie die Einigkeit in den über die letzte preußische Note aburtheilenden Neuherungen der Wiener Journals constatirt: Was die Note selbst anbelangt, so glauben wir uns jedes Urteils über Inhalt und Form der selben (in der That sind diese beiden wohl auseinander zu halten) vorläufig begeben zu sollen. Die Berliner „Reform“ sieht in dem Hinweise Bismarcks auf Art. XI. der Bundesakte nichts als Ironie. Die „Bresl. Ztg.“ bezeichnet die Antwort als eine fast ablehnende, auf den Ernst der Situation erhöhte und jede Aussicht auf Verständigung in weite Ferne rückt. Ein Wiener Corr. der „Bohemia“ schreibt: Durch die preußische Antwortnote — sie ist am 6. d. Nachmittag hier übermittelt worden — singt eine Gerechtigkeit durch, welche selbst die Ruhe und Würde der Form beeinträchtigt: sie macht entschieden den Einfluss der Bismarckischen Politik in der schleswig-holsteinischen Frage sehr schwach. Wir befürchten, dass Deutschland aus den schweren Sorgen nicht herauskommen, weder früher noch später finden wird, so lange Graf Bismarck in Preußen das Staatsruder führt! Was soll aus Preußen werden bei jenen „angehäuften Projecten“? Wir sagen das aus reiner Vaterlandsliebe, nicht etwa aus persönlicher Feindseligkeit gegen den Grafen Bismarck, die uns fern liegt. Wir haben seinen bedeutenden Eigenschaften niets Gerechtigkeit widerfahren lassen, und man beschuldigt uns ja oft genug der Vorliebe für den Grafen Bismarck. Aber die Dinge in Preußen sind gerade durch die Persönlichkeit des Grafen Bismarck auf einem Punkt angelangt, dass die Frage immer näher rückt, ob ganz Deutschland in einem scheinbaren Bürgerkrieg sich zerstreiten soll, bisweil Graf Bismarck zu rücksichtslos vorangegangen ist und Deutschland und Europa mit allgemeinem Misstrauen angefüllt hat. Doch lassen wir das! Alles, was wir auf dem Herzen haben, können wir jetzt doch nicht sagen. Genug, dass in Preußen alle Weit den Frieden erhalten zu sehen wünscht und dessen Erhaltung, ohne dass Preußens Ehre im Geringsten geschädigt werde, sehr wohl für möglich hält, aber schwerlich, wenn Graf Bismarck nicht auf andere Wege einleitet, und da dies kaum zu erwarten steht, wenn er nicht zurücktritt. Die feudale Presse macht die größten Anstrengungen, um dessen Rücktritt zu verhindern, und sucht Preußens Ehre als verpfändet

für den Rücktritt des Grafen Bismarck tritt auch die „König. Ztg.“ auf, welche bisher als Parteigänger dieses Ministers betrachtet wurde. Auch die Magdeburg. Ztg. beharrt dabei, dass das Ministerium Bismarck nicht mehr fest steht. Bismarck, Parlament, deutsches Nationalparlament, auf Grund des allgemeinen Stimmenes eintrifft — das, schreibt die „König. Ztg.“, sind die Projekte, die neben so vielen anderen das tapfere Gehirn des Grafen Bismarck beflügeln. Er hat nichts für alles parlamentarische Werk, die größte Verachtung begegnet, und jetzt soll ein demokratisches Parlament der großen Anker seiner Staatskunst sein! Ach, wir befürchten, dass Deutschland aus den schweren Sorgen nicht herauskommen, weder früher noch später finden wird, so lange Graf Bismarck in Preußen das Staatsruder führt! Was soll aus Preußen werden bei jenen „angehäuften Projecten“? Wir sagen das aus reiner Vaterlandsliebe, nicht etwa aus persönlicher Feindseligkeit gegen den Grafen Bismarck, die uns fern liegt. Wir haben seinen bedeutenden Eigenschaften niets Gerechtigkeit widerfahren lassen, und man beschuldigt uns ja oft genug der Vorliebe für den Grafen Bismarck. Aber die Dinge in Preußen sind gerade durch die Persönlichkeit des Grafen Bismarck auf einem Punkt angelangt, dass die Frage immer näher rückt, ob ganz Deutschland in einem scheinbaren Bürgerkrieg sich zerstreiten soll, bisweil Graf Bismarck zu rücksichtslos vorangegangen ist und Deutschland und Europa mit allgemeinem Misstrauen angefüllt hat. Doch lassen wir das! Alles, was wir auf dem Herzen haben, können wir jetzt doch nicht sagen. Genug, dass in Preußen alle Weit den Frieden erhalten zu sehen wünscht und dessen Erhaltung, ohne dass Preußens Ehre im Geringsten geschädigt werde, sehr wohl für möglich hält, aber schwerlich, wenn Graf Bismarck nicht auf andere Wege einleitet, und da dies kaum zu erwarten steht, wenn er nicht zurücktritt. Die feudale Presse macht die größten Anstrengungen, um dessen Rücktritt zu verhindern, und sucht Preußens Ehre als verpfändet

Die „Bayer. Ztg.“ schreibt über diese Note: Durch die preußische Antwortnote — sie ist am 6. d. Nachmittag hier übermittelt worden — singt eine Gerechtigkeit durch, welche selbst die Ruhe und Würde der Form beeinträchtigt: sie macht entschieden den Einfluss der Bismarckischen Politik in der schleswig-holsteinischen Frage sehr schwach. Wir befürchten, dass Deutschland aus den schweren Sorgen nicht herauskommen, weder früher noch später finden wird, so lange Graf Bismarck in Preußen das Staatsruder führt! Was soll aus Preußen werden bei jenen „angehäuften Projecten“? Wir sagen das aus reiner Vaterlandsliebe, nicht etwa aus persönlicher Feindseligkeit gegen den Grafen Bismarck, die uns fern liegt. Wir haben seinen bedeutenden Eigenschaften niets Gerechtigkeit widerfahren lassen, und man beschuldigt uns ja oft genug der Vorliebe für den Grafen Bismarck. Aber die Dinge in Preußen sind gerade durch die Persönlichkeit des Grafen Bismarck auf einem Punkt angelangt, dass die Frage immer näher rückt, ob ganz Deutschland in einem scheinbaren Bürgerkrieg sich zerstreiten soll, bisweil Graf Bismarck zu rücksichtslos vorangegangen ist und Deutschland und Europa mit allgemeinem Misstrauen angefüllt hat. Doch lassen wir das! Alles, was wir auf dem Herzen haben, können wir jetzt doch nicht sagen. Genug, dass in Preußen alle Weit den Frieden erhalten zu sehen wünscht und dessen Erhaltung, ohne dass Preußens Ehre im Geringsten geschädigt werde, sehr wohl für möglich hält, aber schwerlich, wenn Graf Bismarck nicht auf andere Wege einleitet, und da dies kaum zu erwarten steht, wenn er nicht zurücktritt. Die feudale Presse macht die größten Anstrengungen, um dessen Rücktritt zu verhindern, und sucht Preußens Ehre als verpfändet

darzustellen, daß Graf Bismarck am Ruder bleibe, ja, sie versteigt sich zu der Abgeschmacktheit, die Entlassung des Grafen Bismarck als ein zweites Ominus zu bezeichnen. Die feudalen Blätter vergessen, daß sie in Preußen nur eine kleine Minderheit vertreten und die große Mehrheit des preußischen Volkes beständig den Rücktritt des Ministeriums Bismarck verlangt hat und also in der Erfüllung jenes Wunsches unmöglich einen Schimpf für Preußen erbliken kann.

Das kühne Project eines aus directen Wahlen her vorgehenden Parlaments ad hoc, schreibt man auch der „Allg. Zeit.“ und zwar aus Berlin, leide nur an dem großen Fehler, daß die realen Verhältnisse dabei nicht in Ansatz gebracht sind. Ganz abzusehen davon, daß ein deutsches Parlament mit Ausschließung Österreichs überhaupt nicht zu Stande gebracht werden könne und daß jeder Versuch einer gewaltsamen Durchführung der Bismarck'schen Bundesreformpläne das völlig isolierte Preußen in die verhängnißvolle Lage bringen würde, dürfe man die gewichtige That sache nicht außer Acht lassen, daß selbst das preußische Volk das jetzt am Ruder befindliche Ministerium nicht fähigt erachtet, die deutsche Frage in einer den Interessen Preußens entsprechenden Weise zu lösen, und daß es die Lösung dieser Frage nicht auf dem Wege der Gewalt will, sondern lediglich auf dem Wege der moralischen Erroberung, den ja auch der König in seiner bekannten Erklärung vom Jahre 1858 zur Norm für alle seine Handlungen aufgestellt hat.

Die Berliner „Mont. Zeit.“ schreibt: Man sieht hier einer weiteren diplomatischen Verhandlung zwischen den Cabinetten von Berlin und Wien in Folge der jetzt veröffentlichten Weisungen an den hier accrediteden österreichischen vom 31. v. und den in Wien accrediteden preußischen Gesandten vom 6. d. entgegen und glaubt, daß diese sich an Vorgänge in den Herzogthümern und die Beziehungen der Verwaltung zu denselben anlehnen werde. Es sind in den letzten Tagen Berichte aus den Herzogthümern eingesordnet worden.

Der Wiener Corr. der „Börse“ meint, die gewaltsame Austragung der zwischen den beiden Großmächten obschwebenden schweren Prinzipien- und Lebendfragen sei schließlich unausweichlich und nur eine Zeitfrage. — Versuche, den König von Preußen zur Abdankung zu bewegen, scheiterten an dessen Entschlossenheit. Der Wiener Correspondent der „Börse“ schreibt ferner: Das Wiener Cabinet sei durch Preußens neueste Eröffnung unbefriedigt; eine russische Vermittlung sei jetzt nur zwischen dem Bunde stage und Preußen denkbar.

Über die Intervention des Herzogs Ernst von Coburg in den österreichisch-preußischen Konflikt wird dem „Fremdenblatt“ folgende angeblich verlässliche Darstellung aus Gotha geschrieben: Graf Mensdorff, mit dem herzoglichen Hause verwandt, sprach sich in einem Briefe an den Herzog über diese Angelegenheit aus. Der Herzog bemühte den Brief des Grafen Mensdorff bei seinem Gratuationsschreiben an den König von Preußen und schickte die Antwort hierauf durch den geheimen Cabinettsrat von Meyern an Grafen Mensdorff nach Wien, welcher dessen Antwort hierauf wieder dem Herzog überbrachte. Diese Antwort wurde durch den Adjutanten des Herzogs, Herrn von Schleinitz, nach Berlin gebracht. Dieses ist die einfache Erklärung jener mysteriösen Vermittlung.

Die „France“ erklärt heute die Nachricht, daß die jüngst erschienene Broschüre: „Der österreichisch-preußische Conflict“, von dem Minister des Außenw. inspirirt sei, für unbegründet. Die Broschüre sei die perjorative That Dessenjenen, der sie gezeichnet hat.

Das „Mem. dipl.“ glaubt zu wissen, der Entschluß des Tuilerien-Cabinetts, bei einem Krieg zwischen Preußen, unterstützt von Italien, und Österreich, die strikte Neutralität zu beobachten, stehe fest. Es sei daher evident, daß Frankreich Niemanden zustimmen, Niemand tadeln könnte, sondern jedem die Verantwortlichkeit für seine Haltung und seine Allianzen gelassen habe. Mit noch größerem Grunde müsse man das Gerücht als unwahrscheinlich betrachten, welchem zufolge das Tuilerien-Cabinet einem oder dem anderen der kriegsführenden Mächte für gewisse Eventualitäten seine Unterstützung zugesagt hätte.

Ein Pariser Telegramm der „M. Fr. Pr.“ vom 9. April, meldet: Budberg interpelliert Drouyn de Lhuys, ob Frankreich Russlands Standpunkt theile, wonach die Herzogthümnerfrage unbedingt europäischen Charakter sei. Drouyn de Lhuys antwortete mit der abermaligen Erklärung, Frankreich werde sich neutral verhalten. Vom englischen Cabinet ist dasselbe zu erwarten.

Ein Telegramm des „Frdbl.“ aus Florenz, 9. d., meldet: General Govone ist zurückgekehrt. Die Existenz einer Convention mit Preußen wird neuerlich gelegnet.

Einer Correspondenz der „K. Z.“ aus Florenz folge hält Preußen der italienischen Regierung seine Erwartung ausgesprochen, daß Italien zuerst loschlage und damit Preußen die Verantwortlichkeit des Friedensbruches abnehme. Die italienische Regierung erklärte jedoch, passiv zu bleiben, wenn sie von Preußen nicht bestimmte Garantien erhalten.

Ein Corr. des „M. Fremdenblattes“ aus Florenz will in der Lage gewesen sein, von dem Entwurf eines Allianzvertrages zwischen Preußen und dem italienischen Cabinette Einsicht zu nehmen. Er vermag nicht anzugehen, ob der Abschluß dieses Vertrages bis zur Ratification gediehen ist, aber er verbürgt die Thatssache, daß er den zwischen den beiden österreichisch-feindlichen Cabinetten schwedenden Unterhandlungen als Grundlage diente. Das Hauptdocu-

ment enthält einen bedingungsweise gestellten Pact, alle Frage würde dieser deutsche Bundeskrieg ohne des großen Grundbesitzes wurde Se. Excellenz Gasimir Dazwischenkunft fremder Mächte nicht ausgetragen Graf Starzeński, Besitzer von Kopczyca Gora, den Krieg zu erklären, falls von preußischer Seite werden, die dabei ihre und nicht die preußischen oder österreichischen Interessen machen würden. Wenn gleich kommt, ein Act der Feindseligkeit gegen Österreich unter Mithilfe Österreichs Schleswig-Holstein rechtlich erwerben könnte, so würde allenfalls das Ausland wenig auch kriechend sich ruhig verhalten, weil ihm eine Macht entgegenstände, welche es nötigenfalls mit einigen europäischen Großmächten aufnehmen könnte. Man muß aber bei hellem Tage die Augen aufdrücken und die Verhältnisse außer allem Betracht lassen, wenn man glauben machen will, die Italien den Besitz der terra ferma des österreichischen Anteils an Italien — immer mit Ausschluß der genannten Position — zu verschaffen; Preußen übernimmt die Garantie für die Erhaltung des gegenwärtigen Besitzstandes des Königreichs Italien. Der König Victor Emanuel erklärt dagegen, Österreich mit einer Armee von 80.000 Mann am Münster gehen zu lassen, und 40.000 Mann über den Po geben zu lassen, gleicher Weise soll die italienische Flotte im adriatischen Meere kreuzen, die österreichischen Kriegsschiffe dort festhalten und einen Versuch auf Venetien unternehmen. König Victor Emanuel verspricht, die Waffen nicht eher niedezulegen, bevor Preußen nicht in den rechlichen Besitz der Elbherzogthümer eingestellt sei. Der Tractat trägt das Datum vom 27. März d. J. und die Signatur von Florenz und Berlin.

Über die russische Vermittelung schreibt ein Berliner Correspondent der „Schles. Zeit.“: Die „Wiener Abendpost“ berichtet über autographen Schreiben, welche der russische General von Richter in Berlin und Wien übergeben habe. Man glaubt hier, ohne daß ich es verbürgen könnte, es habe, was Berlin angeht, eine Verwechslung stattgefunden. Es sei der Flügeladjutant von Schweinitz, der ein Schreiben des Kaisers von Russland mitgebracht habe. Das Russland sei den Seiten zum Frieden mahnt und eventuell auf seine guten Dienste anbietet, ist wohl glaublich. Sollte es mit nicht ausgesprochenen Rückgedanken an die von Russland protegierte Kandidatur des Großherzogs von Oldenburg geschehen, so würde dies eine seltsame Verkennung der Lage sowie dessen verrathen was die Ergebnisse längst überholt haben.

Über das jüngst vom General Richter überbrachte Schreiben des Kaisers von Russland an den Kaiser von Österreich wird der „N. Pr.“ berichtet: Dem Vernehmen nach hat das Kaiserreich, und in Berlin überreichte Handschreiben des Kaisers von Russland, trotzdem es sich aller bestimmt formulirten Vorstellungen enthalten zu müssen geglaubt, doch in ungewöhnlichen Worten auf den Austrag der Schleswig-holsteinischen Frage im Wege der Zugleichung Europas hingewiesen. In der Antwort ist, wie wir hören, ohne auf diesen Punkt speciell einzutreten, nur im Allgemeinen die volle Bereitwilligkeit Österreichs festgestellt, sich jedem Lösungsversuche zuzugewenden, der mit Aussicht auf Erfolg und innerhalb der Gränzen der gegebenen Rechtsverhältnisse unternommen werden möchte.

Dem „Memorial diplomatique“ zufolge, hätte die dritte Sitzung der Conferenz der Donaufürstenthümer, welche am 31. März abgehalten wurde, nur etwa eine Stunde gedauert, weil einer der Bevölkerungen bemerkte, er erwarte complementary Instructions, um auf den Grund der Discusion einzutreten zu können. In der vierten Sitzung am 4. d. M. wären dann wichtige Maßregeln getroffen, die bald der Öffentlichkeit übergeben werden dürften. Die Conferenz hätte eine Combination festgestellt, die geeignet wäre, die Autonomie der Fürstenthümer mit der Lehnsherrlichkeit der Pforte zu vereinbaren. Von einer Vertagung der Conferenz findet sich nichts in französischen Blättern.

Wie ein Brüsseler Blatt wissen will, soll die Mission des Barons Saillard in Mexico nicht den Erfolg gehabt haben, von welchem der „Moniteur“ spricht. Der Kaiser Maximilian soll verlangt haben, daß die Räumung erst nach Verlauf von 3, oder doch wenigstens von 2 Jahren stattfinde, Frankreich sonach bis dahin alle seine Expeditionstruppen, 35.000 Mann nämlich, ihm zur Verfügung lasse. Diese Bedingungen haben aber dem Tuilerien-Cabinet unausnehmbar geschienen und der Kaiser Napoleon hat, ohne die Unterhandlungen fortzusetzen, ohne irgend einer Weise wieder in Mexico anzutragen, die Sache allein entschieden, indem er 18 Monate als den letzten Termin der Räumung bestimmte.

Zur Situation zwischen Preußen und Österreich wird von unserem „O.-Correspondenten aus Preußisch-Oberschlesien, 8. d., geschrieben“):

Indem gegenwärtig die politische Situation zwischen Preußen und Österreich noch immer nicht vollständig geklärt ist, so wollen wir hierüber gleichfalls einige Reflexionen, in denen sich gleichzeitig die Meinung der Mehrheit des Volkes abspiegelt, folgen lassen. Wer gegenwärtig zum Kriege zwischen Preußen und Österreich schürt und damit, so viel an ihm, zum größten deutschen National-Unglück hilft, sollte zuerst an den Pranger gestellt und dann als Feind des Großdeutschlands mit Schimpf über die deutsche Landesgränze gewiesen werden. Denn ein solcher Krieg wäre aller Wahrscheinlichkeit nach die vollständigste Schwächung Deutschlands, das dadurch zum Spott der Völker würde, wenn es dabei nicht noch schlimmere Folgen zu erleiden befäme. Ohne

Das vorliegende Schreiben ist uns mit ebrochenem Siegel und mit einer Oblate verklebt zugekommen. Wir halten dies für einen Befall und für ein weiteres Spiel des Befalles, daß dieser Befall zufällig sich gerade jetzt ereignet, wo gerüchteweise verlautet, daß die nach Österreich aus Preußen gelangenden Briefe an den preußischen Ausgangsstationen geöffnet werden.

des großen Grundbesitzes wurde Se. Excellenz Gasimir Graf Starzeński, Besitzer von Kopczyca Gora, in den Landtag gewählt.

Landtagsangelegenheiten.

„Döb Lan.“ meldet, daß die Magnaten vom 12. d. an Conferenzen in Angelegenheit der zweiten Adresse halten werden.

Aus Pest verlautet als sicher, daß die Magnaten auf den Beitritt zu der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen (zweiten) Adresse, ohne ihrerseits selbstständig eine Adresse zu formuliren, einfach ablehnen wird und es gilt als mindestens sehr wahrscheinlich, daß in einem solchen Fall das Abgeordnetenhaus darauf verzichtet, jene Adresse einseitig abzusenden und sie vielmehr zu den Aten legt. Damit würde denn dieser „Zwischenfall“, wie er seiner Zeit von den offiziösen Blättern, diesmal in richtiger Voraussicht, qualifiziert wurde, in einer für den Ausgleich hoffnungsreichen Weise erledigt sein.

Wie seiner Zeit mitgetheilt wurde, hat der böhmische Landtag in der abgelaufenen Session, bezüglich der Frage der Freiheitshilfebeit des Grundes und Bodens das Gutachten der Bezirksvertretungen einzuholen beschlossen. Zu den zahlreichen Stimmen, welche sich von diesen Körperschaften für unbegrenzte Freiheitshilfe des Bodens aussprachen, sind in den letzten Tagen auch die Bezirksvertretungen von Pardubitz und Beneschau getreten.

Österreichische Monarchie.

Wien, 9. April. Se. l. l. Apostolische Majestät haben heute Vormittags Privataudienzen zu ertheilen geruht.

Die galizische Deputation, welche das Bittgesuch um Einsetzung eines galizischen Hoflanzlers überreichte, hatte gestern bei Sr. Majestät Audienz. Se. Majestät empfing die Deputation auf's Freundlichste und entließ sie nach einer viertelstündigen Conferenz mit dem Ausdruck der a. h. Huld.

Die „Debatte“ schreibt hierüber: In der gestrigen Audienz bei Sr. Maj. dem Kaiser wurden die Mitglieder der Deputation, bestehend aus dem Grafen Agenor Goluchowski, dem Rector der Krakauer Universität Dr. Majer, dem Bischof von Przemysl Hochw. Manastyrski, dem Lemberger Advocaten und Gutsbesitzer Dr. Czajkowski und dem bürgerlichen Deputirten des Bochnia' Kreises Cichorz, von dem Sprecher derselben dem Landmarschall Fürsten Sapieha vorgeführt, worauf letzterer eine kurze Ansprache an Se. Majestät richtete. Der Landtag habe — so ungefähr lauten die Worte des Landmarschalls — erfüllt vom Vertrauen in die väterlichen Gestaltungen Ew. Majestät und von dem Wunsche besetzt, die Bedürfnisse des Landes vor dem a. h. Throne darzulegen, uns hierhergeschickt, um Ew. Majestät folgende Adresse zu überreichen. — Hierauf trat Graf Goluchowski vor und verlas die vom galizischen Landtage votirte Adresse, welche unsern Lesern bereits bekannt ist. Die Antwort Sr. Majestät des Kaisers lautet im Wesentlichen: Ich bin sehr zufrieden mit der patriotischen und loyalen Haltung des galizischen Landtages. Ich werde die Bitte des Landtages in Erwägung ziehen, um sie bei der künftigen Organisirung der Monarchie mit dieser in Einklang zu bringen. Der Kaiser unterhielt sich hierauf in freundlichster und wohlwollendster Weise durch einige Zeit mit der Deputation und richtete an jedes Mitglied derselben einige Worte. Dem Grafen Goluchowski bemerkte der Kaiser, daß er ihn schon lange nicht gesehen habe und sich freue, ihn nun wiederzusehen. Das bürgerliche Mitglied der Deputation, Herr Cichorz, welcher in der Armee gedient, wurde ebenfalls vom Kaiser angesprochen und unter Anderem auch gefragt, bei welchem Regiment er gewesen sei. Da der Bauer der deutschen Sprache nicht mächtig war, so machte der Landmarschall den Dolmetsch. Die Deputation verließ voller Bewunderung den Audienzaal und ist von dem ihr gewordenen Empfang auf das Angenahme überrascht. Fester den sie hegt sie nun, nachdem sie vor der Person des Kaisers ihre Mission vollzogen, die innigste Nebenverfügung, daß die Bitte des galizischen Landtages gewiß nicht fruchtlos gewesen ist. Die Deputation wurde der gestrigen Hostafel beigezogen und reist heute bereits in ihre Heimat ab, da am 12. d. die Sitzungen des galizischen Landtages wieder beginnen.

Wie ein Wiener Correspondent der „Gaz. n.“ berichtet, soll der in Wien weilende Gf. Agenor Goluchowski, einer Einladung Sr. l. l. Hoheit des Erzherzog Carl Ludwig folgend, nach der Audienz bei Sr. Majestät sich nach Graz begeben, wo gegenwärtig der durchlauchtigste Herr Erzherzog sich aufhält.

Dem Kaiser Maximilian von Mexico hat, wie die „Gen. Corr.“ meldet, Se. Majestät der Kaiser durch den Grafen Bombelles das Wappenschild Montezuma's und das Originalschreib, welches Fernando Cortez über die Eroberung von Mexico an Karl V. richtete, überwendet.

Am Hofe von Wien befindet sich ein reizendes Miniaturbild der Königin Marie Antoinette. Dieses Bild war von der Kaiserin Maria Theresia bei einem der berühmtesten Meister in dem Momente bestellt worden, als die Verlobung der Prinzessin mit dem französischen Dauphin beschlossen war. Dieses kleine Meisterwerk befindet sich heute im Besitz der Frau Erzherzogin Sophie. Da die Kaiserin der Franzosen den Wunsch geäußert, eine Copie von dem Bilde anfertigen zu lassen, so beeilte sich die Frau Erzherzogin Sophie, bei einem Wiener Maler eine Copie zu bestellen, um dieselbe durch den Postchaster in Paris, Fürst Metternich, der Kaiserin Eugenie anbieten zu lassen.

Ihre Majestät die Kaiserin Karolin a. Augusta wird sich zum Beginn der nächsten Woche zum Besuch Sr. Majestäts des Kaisers Ferdinand nach Prag begieben und daselbst über die Feier des kais. Geburtstages (19. April) verweilen. Von Prag begibt sich Ihre Majestät zum Sommeraufenthalt nach Salzburg.

Gegen den Magistrats-Praktikanter Seyß in Wien ist, wie die „Presse“ meldet, vom Landesgericht eine Untersuchung wegen Betrugs durch falsche Aussage eingeleitet. Herr Seyß hatte bekanntlich vor einiger Zeit durch die angebliche Entdeckung eines mysteriösen Attentatsplanes Wien allarmirt.

Freiherr v. Götvös hat von dem Kaiser von Mexico das Großkreuz des Guadalupe-Ordens erhalten.

Die Berichte der Zeitung „Nat. Listy“ über die Judenhezen werden, wie dem „Frdb.“ aus Prag gemeldet wird, einen Prozeß zur Folge haben. Das Preß- als Strafgericht hat die „Nat. Listy“ wegen dieser Correspondenzen, zunächst wegen des Vertrages über die Horzowitzer Vorfälle und das Einschreiten des Militärs, in Anklage stand versetzt und die Voruntersuchung bereits eingeleitet.

Die Anklage wurde gegen den Eigenthaler und Redacteur der Zeitung, dann gegen den Horzowitzer Correspondenten, der dem Gerichte genannt wurde, erhoben und lautet auf das Vergehen der Aufreizung und der Ehrenbeleidigung, begangen gegen die Armeen.

Die Ruthenen Joseph M. Rubyj und Michael A. Waskowski, supplirende Lehrer am f. l. Gymnasium zu Eperies, sind von der ungarischen l. Hofkanzlei zu wirklichen Lehrern daselbst ernannt worden.

Deutschland.

Die „Neue Frank. Ztg.“ erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß Freiherr v. Bethmann die Stelle als preußischer Generalconful niedergelegt hat.

Der bekannte „Hellscherin“ Gulotin aus Constantiopol wurde die Bewilligung zur Veranstaltung von Productionen in ihrer „Kunst“ von der Regierung von Oberbayern nicht erteilt. Eine bezügliche Anfrage der Prophezin, wie es um ihre Angelegenheit stehe, wurde vor wenigen Tagen von einem Bediensteten durch die Antwort erledigt: „wenn sie eine Hellscherin sind, so müssen's ja wissen, wie ihre Sache steht.“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ deutet an, Preußen werde wegen der Affaire Waldersee Repräsentation treffen. Die „Nordd. A. Z.“ schreibt: Die Verhaftung und Ausweisung des Grafen Waldersee beweist, daß die Verheimlichung der Rüstungen in Wien wichtiger ist, als eine Verminderung der Kriegsgefahr durch Auflösung der Wahrheit. Welche Maßnahmen das österreichische Verfahren für in Preußen reisende Desterreiter zur Folge haben muß, darüber wird ohne Zweifel die königliche Regierung ihre Entschlüsse fassen.

Frankreich.

Paris, 9. April. Der Kaiser hat den Befehlshaber der Armee von Lyon, Montauban, in Audienz empfangen. Die französische Regierung verlangt zur Sicherung der französischen Finanz-Interessen die Abtretung eines Theiles des mexikanischen Mauthertrages. Die Kriegsbefürchtungen sind hier im Wachsen. — Dienstag wird im Senate die Petition von De Boucque-Denacques zur Verhandlung kommen, welche den gesetzgebenden Körper das Recht beansprucht, Petitionen entgegenzunehmen. Herr v. Lagueronnière ist Berichterstatter und wird sich als solcher so liberal zu zeigen suchen, wie möglich. Die Debatte wird sich der Natur der Sache nach um die Theorie der Constitution drehen und somit ein Gegenstück zu den Verhandlungen über das Amendum der Sechzehn vierzig liefern. Allem Anschein nach wird Herr v. Persigny diese Gelegenheit ergreifen, um den ungeduldigen Neuerern des gegebenden Körpers seine Antwort zu ertheilen. — Man hat bemerkt, daß in der letzten Zeit mehrere Minister in Person gewissen Commissionssitzungen beigewohnt haben. Bisher war dies als eine nach Parlamentarismus schmeckende Sitte nicht üblich, und man glaubt daher in der jetzigen geringeren Sprödigkeit einen Uebergang zu der viel begehrten Reform zu sehen, welche die Minister wieder in die Kammer führen würde. — Man ist sehr wenig erbaut in der offiziellen Welt, daß nicht minder denn 800 Franzosen nach Claremont gereist sind, um sich an den Trauferlichkeit zu beteiligen. Das „Univers Illustris“ abfasste in seiner Samstagsnummer ein großes Tableau über Claremont zu bringen, auf welchem alle die orleanistischen Prinzen und Berühmtheiten in Porträthälichkeit zu erblicken seien. Wie alte Illustrationen, mußte auch diese zuerst die Censur des Presbureau's passieren und ward nicht durchgelassen, so daß der Verleger genöthigt war, die Füllung des Blattes schnell eine Anzahl veralteter Clichés unter die Presse legen zu lassen.

Wie wenig die französische Herrschaft noch die alten barbarischen Sitten Algeriens zu verdrängen im Stande gewesen, zeigt ein Vorfall, der aus Constantine vom 18. März gemeldet wird: Eine junge eingeborene Frau, die kindloser Witwe geworden, glaubte in ihre Familie zurückkehren zu müssen, was sie auch ausführte. Schon war einige Zeit verflossen, als eines Tages zwei Brüder ihres verstorbenen Mannes mit der Behauptung zu ihr kamen, daß sie ihnen als den Erben ihres Bruders gehöre; die Unglückliche mußte folgen und die Schwäger verkauften sie bald für 300 Francs an einen anderen Mann. Ein mitsländischer Beamter hat den sauberen Handel ratifiziert — und die französischen Behörden haben ihn dulden müssen.

Belgien.

Aus Brüssel, 4. April, wird geschrieben: Der Ausgang der gegen die angeblich wegen Fälschung von Creditpapieren verhafteten Polen angestellten Voruntersuchung war, wie sich voraussehen ließ: Gestern sind die Leichen ihrer Haft entlassen worden, nachdem sie während einiger Wochen ihrer Freiheit beraubt gewesen waren. Leider gibt es noch andere Umstände, welche diese unerträgliche Angelegenheit einer parla-

(Kračau), Jaroszyński (Kračau), Lipiński (Kračau), Łęski und 672 im eigenen Wirkungskreise behandelt. Abgeschoben wurden 165, dem Magistrat zur Sicherstellung der Heimatschauigkeit 17, und zur Unterbringung in einer Arbeit 59 übergeben. Im Spital wurden 18 Duren unterbracht.

a Der s. l. Oberstaatsanwalt in Lemberg, Herr v. Ruffenberg, bat an die Redactoren der „Gaz. nar.“ und des „Slowo“ eine Zeichnung gezeigt, in welcher das Justizbeamten der Äffection zur Unterstützung der aus den Strafanstalten herausgehender Häftlinge befürwortet und diese wichtige Angelegenheit allen Gründen der Menschlichkeit ans Herz gelegt wird.

a In der Lemberger Advocatenkammer fanden am 29. v. M. die üblichen jährlichen Wahlen statt. In den Ausläufen wurden gewählt die Herren: Gromyński, Frąnk, Maly, Pełsicer, Majski, Radzowski, Sarżewski und Tarnowski;

b Der bekannte Kračauer Maler Dr. Kotyski hat sein (bereits beschriebenes) Bild „Ein kleiner Knabe, der einen Schlüssel auseinander“ zur Wachauer Ausstellung der schönen Künste eingeladen.

* In gefälliger Form und klarem correctem Druck ist in der hiesigen Dichter des Herrn Carl Wiedecker soeben ein Drama von „Marya z Doliwów Godzisza“ (Pseudonym) unter dem Titel „Wojewoda“ (18 Seiten mit erläuternden Anmerkungen) erschienen. Der Schauspieler in Litauen und die dortigen Wälder, unweit von Orlitzksteinen, die Theod. Narbuti in seiner Literatur-Geschichte als Platz einer deinfürbigen Schlacht näher schildert. Bei das Jahr 1236, als Kingolo aus dem Stamm Palemonius Großfürst von Litauen war, der Schweizer-Heer überwältigte und die Egonoten, benannt nach einem Worte der Sprache der alten Preußen, für die Götter die Opfer stifteten. Welchen Rang in diesem Halle werden durchein können, sich dieselben von der Theilnahme an den Wahl an gänzlich ausgeschlossen haben.

a Die Gemeinden Skawina und Siewendzka, Kolomeaer Kreis, haben durch ihre Deputirten und Woyten Sr. Grotzel den Großen Lewicki für die ihnen ertheilte unbampte Unterstützung im Beitrage von 1000 fl. d. W. — obne eine Abgabe oder Tilgung der Schulden durch arbeit zu verlangen — ihre unfestigsten Dankbarkeiten an den Tag gelegt. Aus Aulos dieses großherzigen Geschenkes wurde ein feierlicher Gottesdienst abgehalten, an welchem alle Einwohner teilgenommen hatten.

a Der Strypcer Gemeinderat hat in der am 24. v. M. stattgefundenen Generalversammlung beschlossen, dem um das Wohl der Stadt so vielfach verdienten Landesadvocaten Dr. Mathäus Dzidowksi das Diplom des Lemberger Reiches zu ertheilen, welches ihm am 2. d. feierlich überreicht wurde.

a In der diesjährigen russischen Fasnetzeit hat Se. Hochw. der Metropolit Dr. Spiridon Litwinowicz 23 absolvierten

Alumnen die Weihe erweit.

Für die von der Hungersnoh heimgesuchten Einwohner Ostgaliziens haben zu Handen der Central-Nationalcommission eingesandt: Frau Sophie Morawska in Tarnopol 300 fl.

b. W. als Beitrag eines von den dortigen Frauen erzielten Wohltätigkeitsconcertes; die Vereinsmitglieder der Schriftgegenkunst in Lemberg 40 fl. 20 kr. durch Vermittlung der „Gaz. nar.“ die polnischen Emigranten in Basel 30 Francs in Gold und verschiedene andere Personen 63 fl. d. W.; die Herren Woygerl und Dvorak in Namen der Advocaten in Przemysl 100 fl.; Herr Raphael Massłowski 128 fl. d. W. als Beitrag eines von ihm veranstalteten Concertes; wofür allen diesen hochherzigen Gebern die Centralcommission ihren wärmsten Dank ausspricht.

a Durch Vermittlung des „Dzi. Pozn.“ sind bis jetzt für die unbemittelten Einwohner Galiziens 334 Thaler eingezogen.

a Vor einiger Zeit ist durch mehrere Wiener Journals die Nachricht gegangen, eine Gesellschaft belgischer Capitalisten habe sich in Galizien, zumal im Lemberger Kreis, mehrere große Güterkomplexe zu kaufen. Die „Lemberger Zeitung“ meldet aus zuverlässiger Quelle, daß jene Räume — welche im Habsburger Kreis natürlich um die Herrschaft am oberen San gedreht — sich verschlagen haben und daß der Gütermäklar Misch mit Lemberg unverrichteter Dinge abgereist ist.

[Stand des galizischen Sparcasse.] Am 28. Februar l. J. beliefen sich die Einlagen in die Lemberger Sparcasse auf 2,988,363 fl. 33 kr. In der Zeit vom 1. bis 31. März 1866 wurden von 844 Parteien 87,666 fl. 53 kr. zurückgezahlt und von 828 Parteien 66,855 fl. 56 kr. eingezahlt. Die Einlagen haben sich daher um 20,810 fl. 97 kr. vermindert und betrugen am 31. März d. J. im Ganzen 2,957,552 fl. 36 kr.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Das Entrepotgesetz. Wie die „Presse“ meldet, hat der schon seit längerer Zeit vollendete Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung von Entrepot und Lagerhäusern, glücklich die Berathungen im Staatsrat passirt, und dürfte derselbe in kurzer Zeit zur Publication gelangen.

Wien, 10. April. Nachm. 2 Uhr. Metalliques 60.15. — Nat.-Aul. 62.15. — 1860er Lose 77.20. — Bantactien 7.12. — Credit-Aktion 136.20. — London 105.50. — Silber 105.15. — Duct 5.03.

Paris, 10. April. 3½ Miete 67.42.

Breslau, 10. April. Amtl. Preis 2,988,363 fl. 33 kr. In der Zeit vom 1. bis 31. März 1866 wurden von 844 Parteien 87,666 fl. 53 kr. zurückgezahlt und von 828 Parteien 66,855 fl. 56 kr. eingezahlt. Die Einlagen haben sich daher um 20,810 fl. 97 kr. vermindert und betrugen am 31. März d. J. im Ganzen 2,957,552 fl. 36 kr.

[Stand des galizischen Sparcasse.] Am 28. Februar l. J. beliefen sich die Einlagen in die Lemberger Sparcasse auf 2,988,363 fl. 33 kr. In der Zeit vom 1. bis 31. März 1866 wurden von 844 Parteien 87,666 fl. 53 kr. zurückgezahlt und von 828 Parteien 66,855 fl. 56 kr. eingezahlt. Die Einlagen haben sich daher um 20,810 fl. 97 kr. vermindert und betrugen am 31. März d. J. im Ganzen 2,957,552 fl. 36 kr.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Das Entrepotgesetz. Wie die „Presse“ meldet, hat

der schon seit längerer Zeit vollendete Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung von Entrepot und Lagerhäusern, glücklich die Berathungen im Staatsrat passirt, und dürfte derselbe in kurzer Zeit zur Publication gelangen.

Wien, 10. April. Nachm. 2 Uhr. Metalliques 60.15. — Nat.-Aul. 62.15. — 1860er Lose 77.20. — Bantactien 7.12. — Credit-Aktion 136.20. — London 105.50. — Silber 105.15. — Duct 5.03.

Paris, 10. April. 3½ Miete 67.42.

Breslau, 10. April. Amtl. Preis 2,988,363 fl. 33 kr. In der Zeit vom 1. bis 31. März 1866 wurden von 844 Parteien 87,666 fl. 53 kr. zurückgezahlt und von 828 Parteien 66,855 fl. 56 kr. eingezahlt. Die Einlagen haben sich daher um 20,810 fl. 97 kr. vermindert und betrugen am 31. März d. J. im Ganzen 2,957,552 fl. 36 kr.

[Stand des galizischen Sparcasse.] Am 28. Februar l. J. beliefen sich die Einlagen in die Lemberger Sparcasse auf 2,988,363 fl. 33 kr. In der Zeit vom 1. bis 31. März 1866 wurden von 844 Parteien 87,666 fl. 53 kr. zurückgezahlt und von 828 Parteien 66,855 fl. 56 kr. eingezahlt. Die Einlagen haben sich daher um 20,810 fl. 97 kr. vermindert und betrugen am 31. März d. J. im Ganzen 2,957,552 fl. 36 kr.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Das Entrepotgesetz. Wie die „Presse“ meldet, hat

der schon seit längerer Zeit vollendete Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung von Entrepot und Lagerhäusern, glücklich die Berathungen im Staatsrat passirt, und dürfte derselbe in kurzer Zeit zur Publication gelangen.

Wien, 10. April. Nachm. 2 Uhr. Metalliques 60.15. — Nat.-Aul. 62.15. — 1860er Lose 77.20. — Bantactien 7.12. — Credit-Aktion 136.20. — London 105.50. — Silber 105.15. — Duct 5.03.

Paris, 10. April. 3½ Miete 67.42.

Breslau, 10. April. Amtl. Preis 2,988,363 fl. 33 kr. In der Zeit vom 1. bis 31. März 1866 wurden von 844 Parteien 87,666 fl. 53 kr. zurückgezahlt und von 828 Parteien 66,855 fl. 56 kr. eingezahlt. Die Einlagen haben sich daher um 20,810 fl. 97 kr. vermindert und betrugen am 31. März d. J. im Ganzen 2,957,552 fl. 36 kr.

[Stand des galizischen Sparcasse.] Am 28. Februar l. J. beliefen sich die Einlagen in die Lemberger Sparcasse auf 2,988,363 fl. 33 kr. In der Zeit vom 1. bis 31. März 1866 wurden von 844 Parteien 87,666 fl. 53 kr. zurückgezahlt und von 828 Parteien 66,855 fl. 56 kr. eingezahlt. Die Einlagen haben sich daher um 20,810 fl. 97 kr. vermindert und betrugen am 31. März d. J. im Ganzen 2,957,552 fl. 36 kr.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Das Entrepotgesetz. Wie die „Presse“ meldet, hat

der schon seit längerer Zeit vollendete Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung von Entrepot und Lagerhäusern, glücklich die Berathungen im Staatsrat passirt, und dürfte derselbe in kurzer Zeit zur Publication gelangen.

Wien, 10. April. Nachm. 2 Uhr. Metalliques 60.15. — Nat.-Aul. 62.15. — 1860er Lose 77.20. — Bantactien 7.12. — Credit-Aktion 136.20. — London 105.50. — Silber 105.15. — Duct 5.03.

Paris, 10. April. 3½ Miete 67.42.

Breslau, 10. April. Amtl. Preis 2,988,363 fl. 33 kr. In der Zeit vom 1. bis 31. März 1866 wurden von 844 Parteien 87,666 fl. 53 kr. zurückgezahlt und von 828 Parteien 66,855 fl. 56 kr. eingezahlt. Die Einlagen haben sich daher um 20,810 fl. 97 kr. vermindert und betrugen am 31. März d. J. im Ganzen 2,957,552 fl. 36 kr.

[Stand des galizischen Sparcasse.] Am 28. Februar l. J. beliefen sich die Einlagen in die Lemberger Sparcasse auf 2,988,363 fl. 33 kr. In der Zeit vom 1. bis 31. März 1866 wurden von 844 Parteien 87,666 fl. 53 kr. zurückgezahlt und von 828 Parteien 66,855 fl. 56 kr. eingezahlt. Die Einlagen haben sich daher um 20,810 fl. 97 kr. vermindert und betrugen am 31. März d. J. im Ganzen 2,957,552 fl. 36 kr.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Das Entrepotgesetz. Wie die „Presse“ meldet, hat

der schon seit längerer Zeit vollendete Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung von Entrepot und Lagerhäusern, glücklich die Berathungen im Staatsrat passirt, und dürfte derselbe in kurzer Zeit zur Publication gelangen.

Wien, 10. April. Nachm. 2 Uhr. Metalliques 60.15. — Nat.-Aul. 62.15. — 1860er Lose 77.20. — Bantactien 7.12. — Credit-Aktion 136.20. — London 105.50. — Silber 105.15. — Duct 5.03.

Paris, 10. April. 3½ Miete 67.42.

Breslau, 10. April. Amtl. Preis 2,988,363 fl. 33 kr. In der Zeit vom 1. bis 31. März 1866 wurden von 844 Parteien 87,666 fl. 53 kr. zurückgezahlt und von 828 Parteien 66,855 fl. 56 kr. eingezahlt. Die Einlagen haben sich daher um 20,810 fl. 97 kr. vermindert und betrugen am 31. März d. J. im Ganzen 2,957,552 fl. 36 kr.

[Stand des galizischen Sparcasse.] Am 28. Februar l. J. beliefen sich die Einlagen in die Lemberger Sparcasse auf 2,988,363 fl. 33 kr. In der Zeit vom 1. bis 31. März 1866 wurden von 844 Parteien 87,666 fl. 53 kr. zurückgezahlt und von 828 Parteien 66,855 fl. 56 kr. eingezahlt. Die Einlagen haben sich daher um 20,810 fl. 97 kr

Erfenntnisse.

Das f. f. Landes als Preßgericht in Venezia hat mit den Erkenntnissen vom 28. Februar I. S. 33. 2806, 2807, 2808, 2809 und 2841 nachbenannte Druckschriften verboten:

1. La Santa Bottega, opuscolo anticlericale del Anticristo per l'istruzione del popolo. Milano, presso Luigi Cioffi editore, 1860 — wegen des Verbrechens der Religionsstörung nach § 122 und Vergehens nach § 302 St. G.

2. La trista fine di una spia, ossia due vittime della barbaria Austriaca, fatto accaduto in Milano il giorno 5 Giugno 1859, racconto storico di Giuseppe Meda. Milano 1859 presso l'Editore Giuseppe Zocchi — wegen Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe nach § 65 a. St. G.

3. L'amico di casa, Almanacco popolare illustrato, anno decimo terzo 1866, Firenze, tipografia Cladiana, 1865 — wegen Vergehens der Beleidigung einer geistlichen anerkannten Kirche nach § 303 St. G.

4. Istruzione popolare. Il papa e il Vangelo per Giusto Portanova. Milano, tipografia Lombardi 1865 — wegen Verbrechens der Religionsstörung nach § 122 b St. G.

5. Il Gallo. Strenna profetica per l'anno 1866 di G. J. Pezzi, Venezia, tipografia Naratovich — wegen Vergehens der Beleidigung einer geistlichen anerkannten Kirche nach § 303 des St. G.

L. 2883. Edykt. (363. 3)

C. k. Sąd obwodowy w Tarnowie niniejszym edykiem wiadomo czyni, iż na zaspokojenie sumy 36300 zł. m. k. z przyn. przez administrację ogólnego zaopatrzenia w Wiedniu przeciw p. Kazimierzowi hr. Kuczkowskiemu i p. Antoninie hr. Kuczkowskiej wywalczoną, przymusowa sprzedaż połowy dóbr Zasów z przyległociami Dąbie, Mokre i Przertybór w obwodzie Tarnowskim położonych, p. Henryk hr. Kuczkowskiej własnych, w terminie trzecim dnia 21 czerwca 1866 r. o godzinie 10 zrana w Sądzie obwodowym w Tarnowie pod następującymi odbedzie się warunkami:

- Za cenę wywołania stanowi się suma 83708 zł. w. a. jako połowa wartości szacunkowej, jednak te dobra i niżej ceny szacunkowej sprzedane będą.
- Sprzedaż odbywa się ryczałem bez prawa do wynagrodzenia za zniesione powinności urbaryalne.
- Cheć kupna mający złożyć przed rozpoczęciem licytacji do rąk komisji licytacyjnej sumę 4000 zł. w. a. jako wadyum w gotówce, lub w obligacjach publicznych dłużu państwa i indemnacyjnych austriackich, albo też w listach zastawnych towarzystwa kredytowego galicyjskiego albo banku narodowego, a to obligi publiczne i listy zastawne z kuponami jeszcze nieplatnemi wedle kursu wartości nominalnej tychże papierów nieprzewyższającego, w ostatniej urzędowej gazecie Krakowskiej zapisanego.
- Akt oszacowania owszych dóbr i wyciąg tabularny takowych mogą być w registraturze sądowej przekazane i odpisane.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Krakau, am 3. April 1866.

L. 4636. Edykt. (364. 3)

C. k. Sąd krajowy podaje do publicznej wiadomości, iż w celu uskutecznienia egzekucyjnej sprzedaży realności nr. 13 dz. IV/126 gm. IX. w Krakowie na zaspokojenie sumy wekslowej 800 zł. przez Michała Mitschke wywalczoną, a Stanisławowi Budziskiemu odstapionej, tudzież procentów 6%, od dnia 19 czerwca 1862 i kosztów w kwocie 79 zł. 98 kr. już przynanych i kosztów w kwocie 19 zł. przyznających się, wyznacza się termin na dzień 16 maja, 20 czerwca i 18 lipca 1866 o godz. 10 zrana. Realność powyższa w pierwszych dwóch terminach za cenę szacunkową 8406 zł. 23 kr., albo też wyżej takowej, na ostatnim terminie nawet niżej ceny szacunkowej sprzedana będzie, jeżeli ceną kupna zaoferowaną wszystkim wierzytelności hipoteczne się pokryja, w przeciwnym zaś razie celem ułożenia leżyskich warunków sprzedaży wyznacza się termin na dzień 19 lipca 1866 o godz. 10 zrana. Cheć kupna mający winni są złożyć jako wadyum kwotę 840 zł. czyniąc w gotówce, czyniąc w listach zastawnych galicyjskich, czyniąc też w innych papierach publicznych krajowych według kursu.

Warunki licytacyjne, jakie dawniej uchwała z dnia 24 grudnia 1862 nr. 22138 ustanowione zostały, następnie wyciąg hipoteczny i akt oszacowania wolno jest stronom w Sądzie przejrzeć.

O tem zawiadamia się wierzyenci Józefu Grzybową, Anielę Piątkowską, spadkobierców Juliany Malinowskiej i Magdaleny Piątkowską, tudzież wszystkich tych wierzyicieli, którymby mniejsza uchwała z jakiegokolwiek powodu doręczona nie została, lub którzyby później do księgi hipotecznych weszli, do rąk kuratora p. adw. Dr. Szlachetowskiego.

Kraków, dnia 19 marca 1866.

N. 94. Edict. (376. 1-3)

Bom f. f. Bezirksamt als Gerichte wird bekannt gemacht, daß über Urkundsbriefen des f. f. Kreisgerichtes zu Tarnow dito. 24. Dezember 1863 S. 17543 zur Teilung der zur Vereinigung des durch Michael Ingber wider Abraham Stoff und Hinda Stoff erzielten Forderung per 600 fl. d. W. sammt 6% Zinsen vom 16. März 1863, Gerichtskosten pr. 11 fl. 73 kr. den Executionskosten 4 fl. 38 kr. und 8 fl. 47 kr. d. W. bei dem Executen zu Wróblowice gefändeten 211 Stück Hichtenfämme die Feilteilungstermine auf den 27. April und 18. Mai 1866, jedesmal um 10 Uhr Vormittag festgesetzt worden sind und daß diese Lication im Gerichtssaale abgehalten werden wird.

Es werden daher die Licationstümmligen eingeladen, nach geschehener Besichtigung dieser feilzubietenden Holzes vorzehen mit der Barfahrt zu dieser Lication beizutreten.

Zom f. f. Bezirksamt.

Wojnicz, am 9. März 1866.

L. 945. Edykt. (360. 3)

C. k. Sąd powiatowy w Wadowicach niniejszym ogłasza, iż na żądanie Jana Liebiga i innych otwarcie konkursu na cały ruchomy majątek, do czego handel bławaty i korzenny w Wadowicach się wciąga, jak również na majątek nieruchomości Jakuba Rauchwergera,

bylego kupca w Wadowicach, a to o ile ostatni w krajach koronnych, w których rozporządzenie cesarskie z dnia 20 listopada 1852 I. 251 d. p. p. obowiązuje, jest położony, zerwolomem zostało.

Wzywa się zaś wszystkich, którzy sobie do téj upadłości jakiekolwiek prawa roszeżą, aby się ze swoimi pretensyami najdalej do dnia 30 czerwca 1866 w formie pozwu przeciw ustanowionemu w osobie p. Dra. Kapiszewskiego, zastępuje upadłości, któremu się p. Dra. Olszewskiego substytuuje, w tutejszym Sądzie zgłosili, w razie bowiem przeciwnym wykluzeniu zostana od majątku obecnie do upadłości należącego, jak również w przyszłości przyroście mogacego, o ile takowy przez zgłoszących się wierzycieli wycofany zostanie, a to bez względu na możliwe prawo własności lub zastawu, na rzeczy do upadłości należącej im przysługującą bez względu na możliwe prawo kompenzacyjne tak, że w ostatnim przypadku do zapłacenia swojego dluż na rzecz masy krydralnej bez względu na prawa kompenzacyjne własności lub zastawu im przysługującego zmuszonemu zostali.

Tymczasowym zarządem upadłości mianuje się p. Ignacego Brozika, właściciela realności oraz kupca gospodarstwa i bławatnego handlu z substytucją p. Gustawa Krausa, kupca korzennego handlu. Do wyboru za stałego zarządu masy i wydziału wierzycieli do ustanowienia sposobu zarządu upadłości wyznaczają się termin na dzień 10 lipca 1866 roku na godzinę 10 zrana, na który wszystkich zgłoszących się wierzy-

ciawsze o godzinie 10 zrana wyznaczonych terminach, na których owa połowa dóbr tylko powyżej lub za cenę szacunkową w kwocie 36223 zł. 14 kr. w. a. sprzedana zostanie.

III. Za cenę wywoławczą stanowi się sądownie oznacona wartość szacunkowa połowy dóbr Sieradza czyli Wszeradza z przyległ. w kwocie 36223 zł. 14 kr. w. a. sprzedana zostanie.

IV. Owa połowa dóbr Sieradza sprzedaje się ryczałem z wyłączeniem już uzyskanego i przyznawanego wynagrodzenia za zniesione powinności urbaryalne.

V. Każdy chęć kupna mający skład do rąk komisji sądowej przed rozpoczęciem licytacji kwotę 3600 zł. w. a. jako wadyum, albo w gotówce, albo w obligach indemnacyjnych, albo w listach zastawnych gal. stan. Towarzystwa kredytowego podług ich ostatniego kursu w gazecie sądowej Wiedeńskiej podanego, nigdy jednak wyżej ich nominalnej wartości.

Stronom chęć kupna mającym dozwala się przejrzanie wyciągu tabularnego, aktu oszacowania, inwentarza ekonomicznego dotyczących dóbr w tutejszej rejestraturze sądowej.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, 22 lutego 1866.

3. 2890. Kundmachung. (373. 2-3)

Mit 16. April I. S. tritt in dem Orte Sołotwina bei Bohorodczany eine f. f. Postexpedition ins Leben. Dieselbe hat sich mit dem Briefpostdienste und mit der postmästlichen Behandlung von Geld- und sonstigen Wertsendungen bis zum Einzelgewichte von 3 Pfund zu befassen und mit dem Postamte in Bohorodczany mittelst tägl. Fußbotenposten mit unten folgender Tabelle:

Vom 1. April bis Ende September:

Von Sołotwina

täglich um 3 Uhr 30 Min. Nachmittags.

In Bohorodczany

täglich um 7½ Uhr Abends.

Von Bohorodczany

täglich um 5 Uhr Früh.

In Sołotwina

täglich um 9 Uhr Vormittags.

Vom 1. October bis Ende März:

Von Sołotwina täglich um 2 Uhr Nachmittag.

In Bohorodczany täglich um 6 Uhr Früh.

Von Bohorodczany täglich um 10 Uhr Vormittags.

Die Entfernung zwischen Sołotwina und Bohorodczany beträgt 2½ Meilen.

Der Bestellungsbezirk der Postexpedition Sołotwina besteht aus nachbenannten Orten des politischen Bezirkes Sołotwina: Babice, Bania, Bogrówka, Chmielowka, Dzwiniacz, Jabłonka, Kozmacz, Krzywiec, Mandawa, Manasterczany, Markowa, Porochów, Rakowice, Rosulna, Sołotwina, Starunia, Zarzydzie, Żuraki.

Von der f. f. galiz. Postdirektion.

Krakau, am 31. März 1866.

N. 3860. Edykt. (378. 1-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edykiem p. Jana hr. Ankwicka, Gustawa hr. Ankwicka i Tekli Weissenhoff z dnia 26 lutego 1866, l. 3860 o orzeczeniu, iż prawo zastawu dla sumy 5000 zł. w. w. wraz z nadciążarem dla sumy 37115 zł. 23½ kr. w. w. na sumie 100.000 zł. względem 23500 zł. 25½ kr. w. w. zahipotekowane, w stanie biernym dóbr Jawczyce, przez przedawnienie zgasło i ma być wyekstabilowane, wniosła pozew, w załatwieniu tegoż powtu termin do rozprawy ustnej na dzień 1 maja 1866 o godzinie 10 rano wyznaczonym zostało.

Gdy miejsce pobytu pozwanych nie jest wiadomem, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanych, jak również na koszt i niebezpieczenstwo ich tejszego adwokata p. Dra. Koczyńskiego, a dla Tekli Weissenbach p. Dra. Koreckiego kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym sporwy wyłoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicji obowiązującego przedowznowionym będzie.

Zaleca się zaś niniejszym edykiem pozwanych, aby w wyżej oznaczonym czasie albo sami staneli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępce udzielić, lub wreszcie innego obrońce sobie wybrali i o tem ces. król. Sądowi krajowemu dojęli, w ogóle zaś, aby wszelkich możliwych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przewidzianego.

Względem zasady, iż pozwany, aby w wyżej oznaczonym czasie albo sami staneli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępce udzielić, lub wreszcie innego obrońce sobie wybrali i o tem ces. król. Sądowi krajowemu dojęli, w ogóle zaś, aby wszelkich możliwych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przewidzianego.

Zaleca się zaś niniejszym edykiem pozwanych, aby w wyżej oznaczonym czasie albo sami staneli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępce udzielić, lub wreszcie innego obrońce sobie wybrali i o tem ces. król. Sądowi krajowemu dojęli, w ogóle zaś, aby wszelkich możliwych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przewidzianego.

Zaleca się zaś niniejszym edykiem pozwanych, aby w wyżej oznaczonym czasie albo sami staneli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępce udzielić, lub wreszcie innego obrońce sobie wybrali i o tem ces. król. Sądowi krajowemu dojęli, w ogóle zaś, aby wszelkich możliwych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przewidzianego.

Zaleca się zaś niniejszym edykiem pozwanych, aby w wyżej oznaczonym czasie albo sami staneli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępce udzielić, lub wreszcie innego obrońce sobie wybrali i o tem ces. król. Sądowi krajowemu dojęli, w ogóle zaś, aby wszelkich możliwych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przewidzianego.

Zaleca się zaś niniejszym edykiem pozwanych, aby w wyżej oznaczonym czasie albo sami staneli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępce udzielić, lub wreszcie innego obrońce sobie wybrali i o tem ces. król. Sądowi krajowemu dojęli, w ogóle zaś, aby wszelkich możliwych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przewidzianego.

Zaleca się zaś niniejszym edykiem pozwanych, aby w wyżej oznaczonym czasie albo sami staneli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępce udzielić, lub wreszcie innego obrońce sobie wybrali i o tem ces. król. Sądowi krajowemu dojęli, w ogóle zaś, aby wszelkich możliwych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przewidzianego.

Zaleca się zaś niniejszym edykiem pozwanych, aby w wyżej oznaczonym czasie albo sami staneli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępce udzielić, lub wreszcie innego obrońce sobie wybrali i o tem ces. król. Sądowi krajowemu dojęli, w ogóle zaś, aby wszelkich możliwych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przewidzianego.

Zaleca się zaś niniejszym edykiem pozwanych, aby w wyżej oznaczonym czasie albo sami staneli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępce udzielić, lub wreszcie innego obrońce sobie wybrali i o tem ces. król. Sądowi krajowemu dojęli, w ogóle zaś, aby wszelkich możliwych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przewidzianego.

Zaleca się zaś niniejszym edykiem pozwanych, aby w wyżej oznaczonym czasie albo sami staneli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępce udzielić, lub wreszcie innego obrońce sobie wybrali i o tem ces. król. Sądowi krajowemu dojęli, w ogóle zaś, aby wszelkich możliwych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przewidzianego.

Zaleca się zaś niniejszym edykiem pozwanych, aby w wyżej oznaczonym czasie albo sami staneli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępce udzielić, lub wreszcie innego obrońce sobie wybrali i o tem ces. król. Sądowi krajowemu dojęli, w ogóle zaś, aby wszelkich możliwych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przewidzianego.

Zaleca się zaś niniejszym edykiem pozwanych, aby w wyżej oznaczonym czasie albo sami staneli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępce udzielić, lub wreszcie innego obrońce sobie wybrali i o tem ces. król. Sądowi krajowemu dojęli, w ogóle zaś, aby wszelkich możliwych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przewidzianego.

Zaleca się zaś niniejszym edykiem pozwanych, aby w wyżej oznaczonym czasie albo sami staneli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastp-

ciowym wynikle z zaniedbania skutki sami sobie przy-<br